

16.01.2018

# Änderungsantrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/800

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1700

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für  
das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

<b>Kapitel 11 042</b>	<b>Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b>
<b>Titelgruppe 95</b>	<b>Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</b>
<b>Titel 686 95</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b>

Erhöhung des Baransatzes

**2018**

**Ansatz lt. HH 2017**

von 4.270.000	Euro	4.270.000 Euro
um 750.000	Euro	
auf 5.020.000	Euro	

**Begründung:**

Wohnungslose Menschen sind aufgrund häufig bestehender

Datum des Originals: 16.01.2018/Ausgegeben: 17.01.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vorerkrankungen und ihrer teilweise extremen Lebensbedingungen in besonderer Weise gesundheitlich belastet. Zu den besonderen Belastungen zählen klimabedingte jahreszeitliche Belastungen, Gewalterfahrungen und hygienische Bedingungen. Darüber hinaus bestehen gesundheitliche Risiken durch Sucht, falsche Ernährung und durch spezifische psychische Belastungen wie Ängste, Isolation/Einsamkeit und Diskriminierungserfahrung.

Geschlechterspezifische Risiken können bei den wohnungslosen Frauen identifiziert werden. So werden Frauen durch die bisherigen Angebote der Wohnungslosenhilfe kaum erreicht.

Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist für Wohnungslose eingeschränkt, da ihre Lebensverhältnisse und das bestehende System der gesundheitlichen Versorgung nicht miteinander „kompatibel“ sind.

Das macht deutlich, wie notwendig niedrigschwellige, aufsuchende Angebote sind, die versuchen, Versorgungslücken zu schließen und eine angemessene gesundheitliche Grundversorgung zu sichern.

Die schon bestehenden Mobilen Dienste mit ihren niedrigschwelligen aufsuchenden Angeboten im Gesundheitsbereich für wohnungslose Menschen sollen mit diesem Projekt zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Frauen und Männer die Möglichkeit erhalten, ihre medizinische Ausstattung zu optimieren und zu vervollständigen. Dies auch unter dem Aspekt einer verbesserten geschlechtsspezifischen Ausstattung. So könnten z.B. Ultraschallgeräte oder Gynäkologen-Stühle erworben werden.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne

und Fraktion